

nigen Staaten, in denen sich seinerzeit verwandtschaftliche oder eheliche Beziehungen zu den wichtigsten Märtyrern der Opposition als entscheidende Katalysatoren demokratischer "Revolutionen" erwiesen. Als Beispiele dienen hier insbesondere Bangladesh (Sheikh Hasina Wajed und Begum Khaeda Zia), Indonesien (Megawati Sukarnoputri), Pakistan (Benazir Bhutto) und die Philippinen (Corazon Cojuangco Aquino). Dankenswert der Seitenblick auf noch im Gang befindliche ähnliche Prozesse in Burma/Myanmar (Aung San Suu Kyi) und Malaysia (Wan Azizah Wan Ismail).

Das Buch bietet einen für Nicht-"Transitologen" – oder Nicht-"Transitionologen"? (Zinnecker, a.a.O., S. 261) – reichlich strapaziösen aber doch lehrreichen Streifzug, bisweilen weniger durch die behandelten politischen Systeme, als durch dasjenige, was die Zunft über sie geschrieben hat. Streckenweise l'art pour l'art in Reinkultur, aber auch das hat eben Charme.

Karl-Andreas Hernekamp, Hamburg

Forrest D. Colburn

Latin America at the End of Politics

Princeton University Press, Princeton/Oxford, 2002; 144 S.; gebunden US \$ 49,95; paperback US \$ 19,95

Sofern Lateinamerika heute überhaupt noch Schlagzeilen macht, so handeln sie meist von der Krise, welche praktisch den gesamten Kontinent erfasst hat. Nach Angaben der UN Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) sind die Auslandsinvestitionen 2002 um ein Drittel zurückgegangen. Von einer Gesamtbevölkerung von 519 Millionen Einwohnern leben 224 Mio. in Armut. Die regionale Wirtschaft wuchs laut Ziffern der Weltbank 2001 im Schnitt nur mit 0,4 % und schrumpfte letztes Jahr sogar um 1,3 %. Es scheint wenig übertrieben, wenn El País die 1990er als neuerliche "verlorene Dekade" für die Region bezeichnet. Renommierete *Think Tanks* (*Inter-American Dialogue*) und Magazine (*Foreign Policy*) rufen in letzter Zeit sogar schon zur "Rettung Lateinamerikas" auf.

Vor diesem Hintergrund legt Forrest Colburn, Politikwissenschaftler an der City University of New York, mit dem vorliegenden Band ein ungewöhnliches und ambitioniertes Werk voller interessanter Einsichten und Denkanstöße über lateinamerikanische Politik am Beginn des 21. Jahrhunderts vor. Das Buch besteht aus dreizehn thematischen Essays, die von einer Einleitung und einer Schlussbetrachtung eingerahmt werden. Die Kapitel haben keine logische Reihenfolge, sondern beleuchten verschiedene, lose miteinander zusammenhängende Aspekte der Realität in Lateinamerika. Sie behandeln Themen wie den geographischen Ort Lateinamerikas, Urbanisierung, fragile Demokratien, ideologisches Vakuum, Armut, Umwelt, Kriminalität, Einkaufszentren, Geschlechterbeziehungen, Rolle der USA,

Unternehmer, Kunst und Migration. Colburn mischt dabei Analyse mit Anekdoten, die eine menschliche Facette in seine Darstellung bringen sollen. Der Autor distanziert sich von detaillierten Studien über Einzelprobleme oder subnationale Einheiten in der erklärten Absicht, einen Überblick über das größere Ganze zu geben. Er will eine neue Interpretation "einer enormen Region zu einem spezifischen Zeitpunkt (vorlegen), einer beunruhigenden Periode, wo frühere Erklärungsansätze ihre Kraft verloren haben" (S. 6).

Die Hauptthese Colburns lautet in Anlehnung an Fukuyamas kontroversen Essay über das "Ende der Geschichte", dass Politik – verstanden als Konkurrenz zwischen alternativen Ideologien und Ordnungsvorstellungen – in Lateinamerika nach dem Zusammenbruch des Kommunismus am Ende ist. Es gäbe keine gangbaren (ideologischen) Alternativen zur liberalen Demokratie und kapitalistischen Marktwirtschaft mehr, was Colburn als wertneutrales Faktum einstuft. Welche Auswirkungen hat dieser Befund für Lateinamerika? Im Gegensatz zu Fukuyama sorgt sich der Autor nicht um den Niedergang der "heroischen" Tugenden, sondern um das Aussterben des sozialen Gewissens. Linke Alternativen hatten in der Vergangenheit zumindest als Ansporn für die Eliten fungiert, die ärgsten sozialen Ungerechtigkeiten zu korrigieren. Ihr Wegfall führe gerade in einer Region mit traditionell enormer Ungleichheit zu einer noch krasser Schere bei der Einkommensverteilung. Laut Colburn hat die triumphierende liberal-kapitalistische Demokratie "ihre enge Verbindung mit der Gleichheit verloren" und läuft Gefahr, ein Modell der *liberté* ohne *égalité* und ohne *fraternité* zu werden (S. 131).

Der Autor versucht, seine These durch eine Reihe bekannter lateinamerikanischer Phänomene zu illustrieren. Die Reichen schotten sich hinter hohen Mauern und in luxuriösen Einkaufszentren ab, wo sie ihren Konsumrausch ausleben. Die Armen dagegen werden täglich zahlreicher (und ärmer). Kriminalität und öffentliche Unsicherheit sind endemisch und steigen weiter an. Landflucht führt zu explosivem Wachstum von chaotischen Megastädten. Private Unternehmensgründungen sind hochriskante Projekte, die sich gegen desinteressierte Regierungen sowie globale Marktfluktuationen zu behaupten haben. Umweltzerstörung stößt auf allgemeine Gleichgültigkeit und wird bestenfalls selektiv bekämpft. Lateinamerika wird vom Einwanderungs- zum Auswanderungskontinent. Alte wie neue Demokratien der Region befinden sich unter Druck, ihre Legitimität ist fraglich, und öffentliche Unterstützung für politische Institutionen geht gegen Null. Politische Eliten gelten generell als unfähig und korrupt. Es herrscht ein weitgehender Mangel an neuen Ideen, öffentlicher Diskussion und unverbrauchten politischen Führungspersönlichkeiten. Private Interessenmaximierung tritt an die Stelle öffentlichen Engagements. Das Ende früherer Gewissheiten zeigt Colburn, ein Spezialist für Zentralamerika, eindrucksvoll anhand der persönlichen Geschichten von ehemaligen nicaraguanischen oder salvadorianischen Guerilleros, die von der Politik enttäuscht sind und jetzt als Viehzüchter oder Menschenrechtsaktivisten arbeiten. Ihr früheres Ideal, eine gerechtere Gesellschaft aufzubauen, halten sie mittlerweile für unrealistisch.

In dieser Konstellation ist die größte Bedrohung für die Demokratie in Lateinamerika nicht mehr wie in der Vergangenheit eine Rückkehr zur Militärdiktatur, sondern der Aufstieg

populistischer Führer, welche die sofortige Lösung aller Probleme versprechen. Aufgrund ihrer neoliberalen Ausrichtung verfügen die Regierungen aber über keinerlei Ressourcen, um der zahlreichen Schwierigkeiten tatsächlich Herr zu werden, was wiederum nur die Frustration und Anomie in den lateinamerikanischen Gesellschaften erhöht. Das Werk ist auch skeptisch, ob die oft gepriesene "Zivilgesellschaft" in der Lage sein wird, mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Die neuen sozialen Organisationen seien meist auf ein einziges Thema konzentriert, agierten anti-staatlich und entwickelten keine umfassenden politischen Strategien. Damit blieben sie auf "lokale Angelegenheiten und letztendlich auf die politische Marginalität beschränkt" (S. 96).

Welche Vorschläge macht Colburn angesichts seiner recht deprimierenden Diagnose? Lateinamerika müsse einen neuen, verstärkten und größer angelegten Versuch unternehmen, der sozialen Ungleichheit wirksam zu begegnen. Diese Anstrengung sollte auf den Erfahrungen bisheriger Versuche aufbauen und versuchen, vergangene Fehler zu vermeiden. Der Eckpunkt einer solchen Strategie müsse die Stärkung der zu schwachen und finanziell ausgebluteten Nationalstaaten sein. Die nicht eingelösten Versprechungen der Demokratie und der Marktwirtschaft könnten nur durch Erhöhung der Staatsausgaben erfüllt werden. Das bedeute nicht die (Wieder-)Verstaatlichung der Industriebetriebe, aber sehr wohl die Einrichtung eines funktionierenden Rechtsstaates, komplette Umstrukturierung der Polizei, massive Investitionen in Erziehung und Gesundheitswesen sowie Einkommenszuschüsse für die ärmsten Sektoren der Bevölkerung.

Abschließend stellt sich die Frage, ob Colburn mit seiner ernüchternden Bilanz über die Region am Beginn des 21. Jahrhunderts nicht zu pessimistisch ist. Natürlich ist jede generelle Darstellung Lateinamerikas dazu gezwungen, ihre Aussagen stark zu simplifizieren, um sehr diverse Länder unter einen Hut zu bekommen, und man könnte sicher Gegenbeispiele für die vom Autor identifizierten Erscheinungen finden (z.B. Chile). Nichtsdestotrotz ist es Colburn in einer *tour de force* auf sehr knappen Raum gelungen, die intellektuelle und soziale Malaise herauszuarbeiten, die Lateinamerika nach dem Ende der linken "Utopia" (Jorge Castañeda) erfasst hat, und welche die Suche nach tragfähigen Lösungen für die vielen brennenden Probleme erschwert. Ereignisse wie die unlängst erfolgte Wiedergeburt des Peronismus in Argentinien illustrieren eindrucksvoll die Richtigkeit seiner These. Es wäre interessant, ob der Autor seine Überlegungen nach den letzten Wahlen in Brasilien und Ecuador, die beide linksgerichtete Regierungen an die Macht brachten, modifiziert hätte. Ein kürzlich veröffentlichtes Interview (El País, 29. Mai 2003) mit dem neuen brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva lässt vermuten, dass es wohl keine dramatischen Änderungen gegeben hätte. Lulas Versicherung, dass seine Arbeiterpartei (PT) ideologisch unverändert sei, nun aber für das ganze Land regiere, erinnert an den im Buch zitierten Slogan der postrevolutionären Sandinisten in Nicaragua: "Der FSLN bleibt revolutionär, aber im modernen Sinne des Wortes". Da kann man nur mit Colburn fragen: "Was soll das heißen?" (S. 26).

Alexander P. Springer, Madrid